

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 2 mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.50 M., durch Träger und andere Vertriebsstellen frei ins Haus monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M., ohne Beleggeld. — Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Nikolausstr. 11. Bezugspreis: 1.20 M., 1.40 M., 1.60 M. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz Nassau 20 Pf., Restland 1. — M.; außerhalb 30 Pf., Restland 1.50 M. — Beleggeld 10 Pf. — Abnahme laut Tarif. — Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 613

Montag, 2. Dezember 1918.

72. Jahrgang.

Vom Delegiertentag der Frontsoldaten.

Pessimismus des Regierungsvertreters.

In der Nachmittags-Sitzung des Delegiertentages der Frontsoldaten in Bad Ems sprach der Volksbeauftragte Barth:

Es ist bedauerlich, daß die deutsche Regierung, als wir alle wissen, es ist meine Pflicht, nichts zu verheimlichen. Es ist so trübe und so schwer! Wenn wir nicht alles auf die Spitze bringen, kommen wir nicht weiter. Man weiß nicht, wie es gemacht werden soll. Die erste Sorge war für uns die

Zurückführung des Millionenheeres über den Rhein.

Mit Dankbarkeit und Bewunderung habe ich gerade auf meiner Reise von Berlin nach hier feststellen können, wie dieses Heer durch Selbstaufopferung und Unterordnung es fertig gebracht hat, diese schwere Aufgabe zu lösen. Und ich kann Euch sagen, daß sich die Regierung in allen ihren Gliedern freuen wird, wenn sie davon Mitteilung erhält. Vor allen Dingen waren es die Arbeitertruppen, welche in den ersten Tagen das Werk der Rückführung der Truppen geleistet haben. Trotzdem sind nur verhältnismäßig kleine Massen in Bewegung gebracht worden. Die größte Masse ist zurückgeführt. Gelder waren wir auch gezwungen, gegen einzelne Offiziere, welche kein Verständnis für die Neuordnung der Dinge hatten, energisch vorzugehen. General Eberhard mußte zur Disposition gestellt werden. Aber alles dies ist in Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung und dem Kriegsministerium geschehen.

Trotzdem ist die Lage unserer Truppen im Osten.

Es ist nicht wahr, daß die alten Machthaber alles gut organisiert hätten. Erbärmlich, schwach, leichtfertig haben sie gehandelt, sonst wäre es nicht möglich, daß wir heute vor so schweren und unlöslichen Aufgaben stünden. Sie kennen die Stimmung der Bevölkerung in der Ukraine, im Baltikum, in Polen, in Finnland. Es ist nicht abzusehen, wie es möglich gemacht werden kann, die großen Truppenmassen aus dem Osten zurückzuführen. Selbst bei schneller Durchführung wird es nicht möglich sein, die Leute vor den nächsten drei Monaten zurückzuführen, wobei immer noch große Mengen das Ziel zu erreichen müssen. Was das heißt, lebt im Winter, angesichts einer feindlichen Bevölkerung, gibt furchtbare Perspektiven. Hoffen wir, daß es unserer Heere nicht geht, wie dem Napoleon's im Jahre 1812. Unsererseits wird alles geschehen, um unseren Brüdern im Osten mit allen und jeder Verfügung stehenden Mitteln zu helfen. Die Schuld daran tragen die Leute, welche in ihrem Nachsinn glauben, sich über alles hinwegsetzen zu müssen. Verhältnismäßig am besten hat es die Armee in Baden, welche in Unstern interniert wurde, weil sonst der Waffenstillstand von unseren Feinden nicht gehalten worden wäre.

Glammender Protest der Offfront.

Berlin, 2. Dez. (Wolff-Tele.)

Auf die Ausführungen des Führers der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin, Moskau, die vollkommen ungeheuerliche Anforderungen über die Oberverhältnisse bringen, erging folgender Protest durch den Zentralrat der Offfront:

„Der Zentralrat der Offfront ist erfreut über die Anforderungen von Ihnen, daß die in Rußland liegenden Armeen wohl kaum an die Rückkehr denken könnten. Wir verstehen nicht, wie Sie derartiges in öffentlicher Versammlung sagen können, da doch die ganze Lage der Offfront zu diesem Pessimismus keinen Anlaß gibt, solange es den Arbeiter- und Soldatenräten gelingt, ihre Politik der Ruhe und Ordnung weiter durchzuführen. Mit derartigen Mitteln können wir Sie die Stimmung in der Heimat und auch bei den Truppen, die davon Nachricht empfangen. Sie erschweren dadurch unsere außerordentlich großen Aufgaben und beschwören erst die Gefahr herauf, die Sie als schon vorhanden darstellen. Wir ersuchen Sie dringend, über die Offfront nur unsere bevollmächtigten Vertreter sprechen zu lassen, die wirklich mit der Sachlage vertraut sind.“

Der Zentralrat der Offfront.

Die Entente soll diktieren.

Auf dem Delegiertentag der Frontsoldaten in Bad Ems erklärte der Volksbeauftragte Barth: „Wir wollen es laut heransagen, daß wir bereit sind, alles anzunehmen, was von der Entente diktiert wird. Sie sollen nur kommen, sie sollen es uns diktieren. Wir wollen es annehmen, weil wir wissen, daß alles dies noch weniger schlimm sein wird, als wie das weitere Ginzuschieben. Wir wollen doch endlich wissen, woran wir sind, damit wir in Ordnung kommen, um den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens beginnen zu können.“

Kirche und Staat.

Berlin, 1. Dez. (Wolff-Tele.)

Der Minister Adolf Hoffmann antwortete auf eine an Ober gerichtete Anfrage vom 25. November 1918 über die Umschichtung der Verwaltung von Vertrauensmännern der Zentrumspartei des Reichstagswahlkreises Dortmund vom 24. November unter anderem:

Auch von den neuen Männern denke niemand daran, die religiöse und Gewissensfreiheit anzutasten. Das Grundrecht der Eltern werde ungeschmälert bleiben. Die Eltern sollten das Recht haben, ihre Kinder von den Angehörigen der Kirche, welche sie selbst angehören, in ihrem Glauben erziehen zu lassen.

Feinde in Deutschland.

Aachen besetzt.

Düsseldorf, 2. Dez. (Eig. Tel.)

Am Sonntag Nachmittag ist Aachen von zwei Regimentern belgischer Kavallerie besetzt worden. Die mit Ehrenkranz vor das Rathaus zogen und dort Aufstellung nahmen. Es wurde sofort die belgische Zeit eingeführt. Ferner wurde bestimmt, daß alle Lokale um 8 Uhr abends schließen müssen. Nach dieser Zeit darf sich niemand mehr auf den Straßen sehen lassen. Zwei Mitglieder des Soldatenrates, die vom belgischen Kommandanten empfangen sein wollten, ließ der Kommandant erklären, daß die Soldatenräte abgesetzt seien, und daß von nun an in Aachen nur noch der Oberbürgermeister als Autorität anerkannt werde. Die Zeitungen dürfen zwei Tage nicht erscheinen; sie werden dann einer strengen Zensur unterworfen. Jede Kritik an den Maßnahmen der Entente ist verboten.

Tscheneinfall in Glad.

Nach in Glad an zehntausend Stelle vorstehenden Meldungen sind die Tscheden im Anmarsch gegen die Grafschaft Glad. Brunau auf der österreichischen Seite ist von einer tschechischen Abteilung in Stärke von 1200 Mann besetzt. In Rudowa rechnet man stündlich mit dem Einfall der Tscheden. In der Nacht zum Sonntag kam Artillerie hier durch, die zur Verstärkung der Grenztruppen an die gefährdeten Stellen anrückte.

Frankfurt wird nicht besetzt.

Frankfurt, 2. Dez. (Wolff-Tele.)

Von der Waffenstillstandskommission in Spa ist dem Nachrichtenamt des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates telegraphisch die Mitteilung zugegangen, daß eine Besetzung von ganz Frankfurt nicht in Frage kommt.

Bayerische Gewaltpolitik.

Wien, 2. Dez. (Wolff-Tele.)

Die Wiener Politische Rundschau erfährt aus unrichtiger Münchener Quelle noch über die dort erfolgte Verhaftung des Kuriers der deutschen Reichsregierung, eines in Zivil reisenden Leutnants vom reitenden Jägerkorps: Dieser wurde vom Bahnhof, obgleich seine Ausweispapiere vollkommen in Ordnung waren, wegen ungenügender Legitimation wie ein Verbrecher zum Polizeipräsidenten gebracht. Da der Polizeipräsident seine Verhaftung nicht aussetzen wollte, verlangte der Kurier zum Ministerpräsidenten Eiserer geführt zu werden. Dies geschah auch. Aber letzterer erklärte, daß er persönlich die für die Wiener Volkspartei bestimmten Meldungen nach Berlin zurückbringen werde. Auf die Beschwerden des Kuriers wegen seiner Behandlung wurde ihm erklärt, daß man ihn für einen Spion der Spartakusgruppe halte. Darauf wurde er ins Gefängnis gebracht. Er bekam ein Stück trockenes Brot und mußte sich auf eine Pritsche legen. Erst auf seine lebhaften Beschwerden hin durfte er in Begleitung eines Schutzmannes in einer Wirtschaft etwas einnehmen. Nach 48 Stunden Haft wurde er in Freiheit gesetzt. Auf die Frage nach seinen Papieren sagte man ihm, daß sie verschwunden seien.

Der Zweck der bayerischen Veröffentlichung.

München, 1. Dez. (Wolff-Tele.)

Das Ministerium des Innern teilt mit: Die „Deutsche Allgemeine“ meldet, die Veröffentlichung des bayerischen Generalstaatsanwalts sei auf die Anregung Clemenceaus zurückzuführen. Clemenceau hat das natürlich in Abrede gestellt. Hierzu schreibt unser bayerischer Gesandter in Berlin über die Ursache der Veröffentlichung: Die bayerische Regierung will auf diese Weise einen Druck auf die Vertreter des alten Systems ausüben, damit sie ihre Pöken endlich verlassen. Die bayerische Regierung hat aber auch die Überzeugung, daß eine solche Veröffentlichung das Vertrauen der Entente zur deutschen Regierung und zum deutschen Volke stärken muß.

Die Soldaten gegen Eiserer.

Die Delegierten der bayerischen Soldatenräte sind dieser Tage in München zu einem Landes-Soldatenrat zusammengetreten. Der Verlauf der Verhandlungen zeigte eine entschiedene Opposition gegenüber der Politik des Ministerpräsidenten Eiserer. Vor allem machte sich ein hartes Mißtrauen gegenüber den amtlichen Versicherungen bemerkbar, daß die Entente mit Bayern in Verhandlungen treten werde. Beweise dafür hat Eiserer bis jetzt nicht vorgelegt. Unterstützung erhielt Eiserer nur durch den Münchener Soldatenrat. In Nürnberg wurde ebenfalls harter Protest gegen Eiserer erhoben. Der Landes-Soldatenrat hat einen fünfteiligen Ausschuss gebildet, der sich mit dem Ministerpräsidenten Eiserer über die bisherigen Schritte der neuen Regierung auseinandersetzen soll. — Der „Bayerische Kurier“ macht die Namen des Münchener Arbeiterrats bekannt: Es stellt sich heraus, daß es sich durchweg um Unabhängige handelt, die Eiserer offenbar selbst ausgewählt hat. Circa 20 Mitglieder stellt das Blatt fest. Sie seien erst zu Beginn der Umwälzung aus Norddeutschland zugewandert. — Der Arbeiter- und Soldatenrat von Erlangen hat gegen die Annahme des Münchener Vollzugsbefehls Protest eingelegt.

Abtrennungen von Deutschland.

Die dänischen Ansprüche auf Nord Schleswig.

Kopenhagen, 2. Dez. (Eig. Tel.)

Das dänische Auswärtige Amt hat dem schleswigholsteinschen Abgeordneten Hansen folgendes mitgeteilt: Die dänische Regierung hat mit großer Befriedigung vernommen, daß die politischen Organisationen in Nordschleswig sich für die Lösung der schleswigholsteinschen Frage nach den Wünschen, Empfindungen und Interessen des dänischen Volkes ausgesprochen haben. Die dänische Regierung hat die Regierungen der alliierten Mächte ersucht, das Recht der Nordschleswiger anzuerkennen, sich Dänemark anzuschließen. Gleichzeitig soll eine Mitteilung an das Auswärtige Amt in Berlin ergehen.

Abwanderung zur Schweiz.

Basel, 2. Dez. (Eig. Tel.)

Die Gemeindeverwaltung von Büllingen (Baden), das ganz von Schaffhausenschem Gebiet umgrenzt ist, beschloß einstimmig, den Anschluß an den Kanton Schaffhausen zu erwirken.

Kämpfe in Wanne.

Dortmund, 2. Dez. (Eig. Tel.)

Auf dem Bahnhof Wanne kam es zwischen der Bahnhofswehr des Arbeiter- und Soldatenrats und einem aus dem Felde heimkehrenden Gardebataillon zu blutigen Zusammenstößen. Die Fronttruppen hatten einen Bahnpolizisten niedergeschlagen. Darauf entzündete sich ein Feuer, wobei auch Maschinenengewehre in Tätigkeit traten: vier Frontsoldaten erlitten schwere Verletzungen. Die Garbisten hürmten nunmehr das Amtsbauwerk vor dem Bahnhof.

Die Kapitulation Lettow-Vorbeds.

London, 2. Dez. (Wolff-Tele.)

Genier. Aus Lourenco Marques wird vom 25. Nov. amtlich gemeldet, daß General von Lettow-Vorbed sich mit 20 Offizieren, 125 anderen Europäern, 1185 Afrikanern, 1516 Trägern, 482 indischen und portugiesischen Trägern, 13 eingeborenen Häuptlingen, 283 männlichen Eingeborenen und 819 Frauen ergab. Die Afrikaner bleiben bis zur Heimbeförderung in Lobatse, die Deutschen bis zur Ueberführung nach Europa in Dar es Salaam.

Neue Ententenote an Deutschland?

Paris, 2. Dez. (Eig. Tel.)

Aus Washington wird gemeldet, daß seit einigen Tagen Besprechungen zwischen den Alliierten mit Einschluss der Vereinigten Staaten über die Stabilität der gegenwärtigen deutschen Regierung stattfinden. Es wird an einer Note gearbeitet, die in ungewohnter Form erklären wird, daß die Alliierten es ablehnen, Friedensverhandlungen mit unabhängigen und nicht ordnungsgemäß aufgestellten Behörden zu führen. Es wird hervorgehoben, daß die Alliierten mit den Arbeiter- und Soldatenräten verhandeln würden, wenn diese ordnungsgemäß vom deutschen Volk gewählt würden. Die Alliierten hätten durchaus nichts gegen eine sozialistische Regierung. Sie wären bereit, mit einer solchen zu verhandeln, aber immer unter der Voraussetzung, daß eine solche Regierung als Ausdruck des Volkswillens gewählt sei.

Ausschaltung Wilsons?

Paris, 2. Dez. (Eig. Tel.)

Der „Deutsche Allgemeine“ wird gemeldet, die bevorstehenden Londoner Besprechungen bezwecken die Organisation der Friedensverhandlungen. Die europäischen Verbündeten wollen sich offensichtlich noch vor dem Eintreffen des Präsidenten Wilson über ihr gemeinsames Friedensprogramm einigen.

Plötzlicher Abruf der amerikanischen Journalisten aus Berlin.

Am Samstag Abend bekamen die fünf in Berlin weilenden amerikanischen Berichterstatter von Amerika dem „Berl. Tagebl.“ zufolge die dringende Aufforderung, Berlin, bes. Deutschland zu verlassen. Morgen am Sonntag kehren sie nach Frankreich zurück. In den wenigen Tagen, die sie hier verbrachten, war ihnen aber Gelegenheit gegeben, einzelne wichtige Zweige der deutschen Ernährungswirtschaft kennen zu lernen.

Innere Kolonisation.

Hindenburg für großzügige Ansiedlungspolitik.

Berlin, 1. Dez.

Ein Aufruf Hindenburgs teilt mit, daß die Vorarbeiten zu einem großzügigen Ansiedlungswerk im Gange sind, wodurch auf billig erworbenem Land mit billigem, öffentlichem Geld für Landwirte, Gärtner und ländliche Handwerker Hunderttausende von Stellen errichtet werden. Für städtische Arbeiter, Angestellte, Beamten und Angehörige verwandter Berufe Häuser in Gartenstädten und Gartenvorstädten erbaut und gegen mäßige Vergütung der Selbstkosten übergeben werden. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an die Kameraden, die bisher mit nicht gekannter Todesverachtung und ebensolchem Opfermut 30 Monate hindurch die heimatische Erde schützten, das Vaterland nochmals durch deutsche Mannes-

Arbeiter- und Soldatenrat
Der Stadtverordneten-Versammlung

Der Arbeiter- und Soldatenrat Wiesbaden 6223